

205/AE XXI.GP

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Eva Glawischnig, Moser Freundinnen und Freunde

Umsetzung der Abschlusserklärung der Delegation aller neun Landtage zur Verhinderung grenznaher Atomkraftwerke vom 9. Mai 2000

Am 9. Mai 2000 haben sich Vertreter aller neun österreichischen Landtage in ihrer Diskussion der weiteren Anti - Atom - Politik auf folgende Schlusserklärung verständigt.

„In der fünf Parteien - Entschließung über die Fortführung der österreichischen Atomenergiepolitik vom 10. Juli 1997 wurde das Bekenntnis zu einer Politik für ein kernenergiefreies Mitteleuropa durch detaillierte Vorstöße bekräftigt und konkretisiert. Die Bundesregierung wurde ersucht, im Rahmen der Beitrittsverhandlungen „verbindlich für die Erstellung von Atomausstiegskonzepten einzutreten“. Auch die bilateralen Übereinkommen über Nuklearfragen - insbesondere mit der Tschechischen Republik - sollten verbessert werden. Im Zusammenhang mit den grenznahen kerntechnischen Anlagen (z.B. Temelin, Krisko, Bohunice und Mochovce) sollten multilaterale Konzepte für nichtnukleare Alternativen initiiert und auf EU - Ebene Finanzierungsinstrumente geschaffen werden. Darüber hinaus wurde die Bundesregierung durch eine einstimmige Entschließung vom 13. Juli 1999 (E 197/NR/XX GP) ersucht, einen ausgearbeiteten „Aktionsplan für die weitere österreichische Anti - Atompolitik im europäischen Zusammenhang“ konsequent umzusetzen. Dieser Beschluß wurde am 18. November 1999 bekräftigt.

Parallel zu den Beschlüssen im Nationalrat wandten sich wiederholt einzelne Bundesländer mit Resolutionen zu einer engagierten Anti - AKW - Politik an die Bundesregierung. Am 9. Mai 2000 formulierten die Delegationen aller neun Landtage eine Abschlusserklärung zur Verhinderung grenznaher Atomkraftwerke mit folgendem Inhalt:

I.

Die bisherigen beiden Treffen von Delegationen österreichischer Landtage fanden heute erstmals unter Teilnahme aller neun Landtage in Salzburg ihre Fortsetzung:

1. Sie sind sich darin einig, dass Österreich sich weiterhin für ein atomkraftwerkfreies Europa einsetzen muss und die Errichtung bzw. Inbetriebnahme von Atomkraftwerken und sonstigen kerntechnischen Anlagen auch in Zukunft entschieden abzulehnen ist.
2. Sie sind sich darin einig, dass diese Überzeugung Österreichs in adäquater Weise auf europäischer Ebene eingebracht werden soll, wobei der Entwicklung von Ausstiegsszenarien, insbesondere im Rahmen der Beitrittsverhandlungen, und umfassenden Reformen des Energiesektors hohe Bedeutung zukommt. Insbesondere sollte Österreich weiterhin auf Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energieträger setzen, sowie mit den jeweiligen Regierungen über konkrete Ausstiegskonzepte und Finanzierungsmöglichkeiten zu verhandeln. Die Bundesländer sollen - etwa im Rahmen des Internationalen Klimabündnisses - vorbildlich agieren. Auf europäischer Ebene ist die Kostenwahrheit über den Preis von Atomstrom zu erreichen.
3. Sie sind sich darin einig, dass alle Möglichkeiten auszuschöpfen sind, sowohl in der Außenpolitik als auch in grenzüberschreitenden Kontakten der Länder auf die Stilllegung und Nichtinbetriebnahme insbesondere grenznaher Atomkraftwerke hinzuwirken.

4. Sie sind sich darin einig, dass der Einrichtung von „Freigabe - Grenzwerten“ entgegenzuwirken ist, unterhalb derer radioaktiver Schutt und Schrott nicht mehr als radioaktiv gelten sollen und ungehindert bzw. undeklariert in den Handel kommen können.

5. Sie sind sich darin einig, dass offensive Verhandlungen auf politischer Ebene mit Tschechien über einen Baustopp von Temelin zu führen sind und im Falle weiterer UVP's eine breite öffentliche Einwendungskampagne in Österreich durchzuführen ist.

II.

Die Delegationen der neun Landtage werden in ihren Bereichen an der Umsetzung dieser Positionen arbeiten:

1. Sie sorgen in den Landtagen und in den Ländern für eine fundierte und koordinierte Information und ersuchen die Landtagspräsidentenkonferenz um ihre Hilfe.

2. Sie sorgen für eine Vernetzung von Initiativen und für die bestmögliche Unterstützung einzelner Länder in ihren Bemühungen um nukleare Sicherheit bei vorhandenen Anlagen, um Nutzung aller rechtlichen Möglichkeiten bei Erweiterungen und um die Stilllegung von Atomkraftwerken in der Nachbarschaft.

3. Sie sorgen für den Aufbau von Energiepartnerschaften mit Nachbarregionen, unter besonderer Berücksichtigung des Ausbaues der Nutzung erneuerbarer Energieträger und der Forcierung der effizienten Energienutzung.

4. Sie sorgen für die Förderung von Aktivitäten zur Verhinderung bzw. Stilllegung von Kernkraftwerken in den Nachbarländern.

III.

Die Delegationen der neun Landtage halten die Nutzung der Atomenergie für den falschen Weg, für einen Weg in die Sackgasse. Sie werden alles tun, zum Ausstieg beizutragen und

1. sie ersuchen die Bundesregierung, von der Regierung der Tschechischen Republik detaillierte Informationen über die im AKW Temelin realisierten technischen Lösungen in einem Umfang anzufordern, der eine qualifizierte Überprüfung auf Expertenebene ermöglicht;

2. sie ersuchen die Bundesregierung, die Regierung der Tschechischen Republik im Geiste der Espoo - Konvention über den Wunsch Österreichs zu unterrichten, an den erforderlichen Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) von baulichen Änderungen in Temelin teilzunehmen. Weiters sollte der Tschechischen Regierung die Erwartung zur Kenntnis gebracht werden, dass österreichische Staatsbürger gleichberechtigt an den UVP - Verfahren teilnehmen können und bis zum Abschluss aller UVP - Verfahren vom Betreiber keine Schritte gesetzt werden, die eine radioaktive Verseuchung der Anlage zur Folge haben könnten;

3. sie ersuchen die Bundesregierung, eine Anpassung des Aktionsplanes vom Juni 1999 auf der Basis der akkordierten gemeinsamen Position der Bundesländer unter ihrer Mitarbeit vorzunehmen;

4. sie ersuchen die Bundesregierung, permanent die Umsetzung des Beschlusses der Europäischen Rates von der EU - Kommission einzufordern, wonach AKW's der Beitrittsländer dem

aktuellen Stand der Technik entsprechen müssen und im Rahmen der Beitrittsverhandlungen ein entsprechender Nachweis zu erbringen ist;

5. sie ersuchen die Bundesregierung, zusätzlich zur bilateralen Ebene den vollen Zugang zu den Projektinformationen über die AKW's bzw. AKW - Projekte der Beitrittskandidaten im Rahmen des Beitrittsprozesses einzufordern.“

Dem österreichischen Nationalrat ist die Weiterführung der Anti - Atom - Politik und insbesondere die Verhinderung weiterer grenznaher AKWs ein ebensogroßes Anliegen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Ersuchen der Delegationen aller neun Landtage zur Verhinderung grenznaher Atomkraftwerke vom 9. Mai in vollem Umfang nachzukommen.

2. Die Bundesregierung wird ersucht, eine Anpassung des Aktionsplanes vom Juni 1999 auf der Basis der akkordierten gemeinsamen Position der Bundesländer unter ihrer Mitarbeit vorzunehmen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Umweltausschuß vorgeschlagen.